Nr. 242. 6. Jahrgang.

# Hamburger Echo.

[illegible] Abtheilung IIb. [illegible] Oktober 1892

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2761) ohne Bringegeld vierteljährl. M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Stengele in Hamburg.

Freitag, den 14. Oktober 1892.

Anzeigen werden die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

**Hierzu eine Beilage.**

## Aus dem Junkerparadies.

○ Der Leute, die keine Schulbildung haben, also weder lesen noch schreiben können, sind in Deutschland mehr, als man gemeiniglich glaubt. Bei der alljährlichen Einstellung der Rekruten in das Heer kommt regelmäßig eine Anzahl solcher vernachlässigten Menschen, Analphabeten genannt, zum Vorschein. Das alljährliche Kontingent ist in einer langsamen Abnahme begriffen, wozu der Schulzwang sein Theil beiträgt. Beim Ersatzgeschäft im Deutschen Reiche fanden sich 1885/86 noch 1657 Rekruten vor, die nicht lesen und nicht schreiben konnten; im Jahre 1890/91 ist deren Zahl auf 1035 hinabgegangen.

Aus diesen Ziffern ist zunächst zu schließen, daß wir noch viele, viele Tausende von Analphabeten im Reiche haben. Gehen wir nur um 50 Jahre zurück, so macht die Summe Derer, die bisher beim Militär als Analphabeten erkannt worden sind, vielleicht hunderttausend Menschen aus, denn früher war bekanntlich der Schulzwang nicht so strenge, wie heute. Lassen wir die Hälfte inzwischen gestorben sein, so bleiben noch 50 000 und nehmen wir an, daß das weibliche Geschlecht dieselbe Anzahl stellt — wahrscheinlich stellt es mehr — so kommen wir zu einer muthmaßlichen Schätzung, wonach etwa hunderttausend Menschen in Deutschland vorhanden sein müssen, welche weder lesen noch schreiben können. Eine schöne Kehrseite zu der stolzen Prägung der Bildungs-Medaille in der bürgerlichen Gesellschaft! Die Leiter des gegenwärtigen Unterrichtssystems sind gewohnt, den Mund sehr voll zu nehmen von ihren Verdiensten um die Ausbreitung allgemeiner Bildung. Dem aber stehen hunderttausend Menschen gegenüber, für welche die ganze geistige Entwicklung unseres Volkes, sein ganzes geistiges Leben einfach Nacht ist. Für diese haben unsere großen Geister nicht gedacht, unsere Dichter nicht gedichtet — für sie ist Nichts geschrieben, weil sie nicht lesen können. Was ist heute ein Mensch, der nicht lesen und nicht schreiben kann, und welch' tiefes Bedauern muß man mit solch' einem Unglücklichen haben! Allerdings giebt es Menschen, die nothdürftig lesen und schreiben können und doch nicht viel höher stehen.

Aber das weitaus Interessanteste an dieser Erscheinung ist die Art, wie sich die Zahl der Analphabeten auf die einzelnen Provinzen vertheilt. Die Unterschiede sind frappirend.

Im Ersatzjahre 1890/91 gab es in Ostpreußen 196 Analphabeten, in Westpreußen 283, in Posen 234 und in Schlesien 210. Gegenüber diesen Beständen stechen diejenigen anderer Landestheile außerordentlich günstig ab. Selbst Pommern weist nur 12 Analphabeten auf, Brandenburg (mit Berlin) 22, Provinz Sachsen 8, Schleswig-Holstein 2, Hannover 4, Westfalen 2, Rheinland 15, Hessen-Nassau 4. Eine Reihe kleiner Staaten haben gar keinen Analphabeten unter ihren Rekruten; ganz Baiern hat 7, das Königreich Sachsen auch 7, Württemberg 3 und Baden 2, Hessen 3 und Hamburg 1.

Was beweist uns das? Die Zahl der Leute, welche trotz des modernen Schulzwanges nicht lesen und nicht schreiben können, ist ganz außerordentlich und unverhältnißmäßig groß in jenen Ländern, wo die Junker hausen, nur Pommern und Meklenburg ausgenommen. In Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen, wo das junkerliche Magnatenthum auf seinen Latifundien sitzt, liegt auch die Volksbildung am tiefsten im Argen.

Die Junker wissen wohl, daß die moderne Bildung ihr Todfeind ist. Sie können deren allgemeines Vorschreiten nicht hindern und sie jammern auch oft genug darüber, daß sie dies nicht können. Aber auf ihren ausgedehnten Besitzungen, da fühlen sie sich noch als unumschränkte Herren, und da gelingt es ihnen auch noch, alljährlich einige hundert Menschen der Schule zu entreißen, was wohl nicht möglich wäre, wenn der Schulzwang von Staat und Gemeinde mit der nothwendigen Energie durchgeführt würde. Die unglücklichen Menschen, welche dies Schicksal trifft, werden von den Junkern auch entsprechend behandelt und den Gutsherren steht ein schönes Pferd oder ein fettes Stück Rindvieh weit höher als solch ein Mensch. Diese armen Analphabeten, die keine menschliche Behandlung, keine menschliche Wohnung und keine menschliche Beköstigung haben, sind nach der Meinung der hochedlen Junker viel besser dran als solche, die lesen und schreiben können. Denn die Analphabeten können keine „aufrührerischen" Schriften lesen und wissen deshalb nicht, daß sie einen Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein haben. Sie haben es nie anders gewußt und sie in dieser Unwissenheit zu erhalten, das gehört mit zu dem famosen „patriarchalischen System", welches die Junker als so vortrefflich zu rühmen pflegen.

Die „Edelsten und Besten" in den genannten Provinzen werden dabei nur bedauern, daß sie nicht das ganze Volk aus der Schule fernhalten können. Dann wäre das Volk so, wie sie es brauchten, um ihre Herrschaft auf lange Zeit hinaus befestigen zu können.

Glücklicher Weise sind wir darüber hinaus. Soweit läßt sich die moderne Entwicklung nicht mehr rückwärts schrauben.

Aber aus dieser Erscheinung läßt sich erkennen, wie gerne uns die Junker wieder in die Nacht und die Barbarei des Mittelalters zurückwerfen würden — wenn sie nur könnten.

## Von der Weltbühne.

**Zur Militärvorlage.** Die Verzögerung der Einbringung der Militärvorlage im Bundesrath hat nach der „Post" darin ihren Grund, daß das umfassende Zahlenmaterial einer nochmaligen Durchrechnung unterzogen wird.

Die Frage der Deckung des Mehrbedarfs in Folge der Militärvorlage scheint, meint die „Post", dahin entschieden zu sein, daß mit der Militärvorlage oder doch bald nach derselben die entsprechenden finanziellen Vorlagen dem Reichstage zugehen sollen. „Und zwar soll der Bedarf durch Aenderung der Besteuerung von Tabak, Bier, Branntwein und Börsengeschäften gedeckt werden. Ueber die Art und Höhe, wie aus den genannten Steuerquellen höhere Erträge gewonnen werden sollen, verlautet im Einzelnen noch nichts Bestimmtes. Nur soviel scheint festzustehen, daß man organische Aenderungen der Reichssteuergesetzgebung thunlichst vermeiden und sich im Wesentlichen auf die Erhöhung der Steuersätze beschränken will."

Der „Schwäb. Merk." stellt eine Berechnung auf über die aus Tabak, Börse, Bier und Branntwein eventuell zu erzielenden Mehreinnahmen, die Beachtung verdient. Man hat Grund, anzunehmen, daß das Blatt in diesem Falle die Anschauungen der württembergischen Regierung reproduzirt. Was den Tabak anlangt, so nimmt der „Schwäb. M." bei einer Erhöhung des Zolles auf Rohtabak von M. 85 auf 115 und des Zolles auf Fabrikate auf M. 270 eine Vermehrung der Einnahmen um 16½ Mill. an. Eine höhere Besteuerung des inländischen Tabaks zieht das Blatt nicht in Betracht. Durch Verkürzung der Steuerprämie auf den Branntwein um M. 5 könne eine Mehreinnahme von 5 Millionen, durch Verdoppelung der Wechselstempelsteuer eine solle von 26,4 Millionen erzielt werden; zusammen hätte man dann 47 Millionen mehr. Die vom Reiche benöthigten 67—70 Millionen seien also nur theilweise gedeckt, da an eine Mehreinnahme von etwa 20 Millionen aus Wein und Bier nicht zu denken sei. Es sei daher natürlich, daß man an die Einführung des Tabakmonopols denke, das eine Einnahme von 163½ Millionen verspreche. Daß die württembergische Regierung nach wie vor der Monopolidee günstig gesinnt ist, unterliegt keinem Zweifel.

Ueber den Inhalt der Militärvorlage weiß die „Vossische Zeitung" zu berichten, daß es sich um eine Erhöhung der Präsenz nicht um 90 000 Mann, sondern um 95 000 Mann handelt und daß die Steigerung des Jahreskontingents der Rekruten nicht 70 000, sondern 72 500 beträgt. Andererseits soll die Regierung gewillt sein, die einjährige Festsetzung der Friedenspräsenzstärke ohne Weiteres zuzugestehen.

Was würde letztere formale Konzession bedeuten! Die Festsetzung der Friedenspräsenzstärke in kurzen Perioden ist doch nur Mittel zum Zweck, nämlich um Entlastungen des Volkes zu ermöglichen. Hier aber würde eine solche Konzession in Verbindung gebracht mit einer großen Mehrbelastung des Volkes. Letztere würde auch bei einjähriger Feststellung der Friedenspräsenzstärke insofern dauernd festgelegt sein, als ja die Zahl der neuen Kadres im Militärgesetz dauernd bestimmt werden soll.

Uebrigens ist es noch nicht einmal gewiß, ob in der That die Regierung zu dem Zugeständniß der einjährigen Festsetzung der Friedenspräsenzstärke bereit ist. Dem „Berl. Tagebl." zufolge ist hiervon in unterrichteten Kreisen nichts bekannt.

Fuchsteufelswild äußert die „Germania" sich über Bismarck, weil derselbe in seinem Leiborgan der Ansicht Ausdruck gegeben, das Zentrum könne für die Militärvorlage, wie sie angekündigt worden, wohl stimmen. Das, so erklärt die „Germania", glaubt Bismarck nur „aus raffinirtester Kaiser- und Reichsfeindschaft, aus purer Bosheit." „Und" — fährt sie fort — „was er zur Beweisführung in dieser Richtung gegen das Zentrum sagt, ist ebenso niederträchtig wie die Behauptung an sich — es giebt keinen anderen Ausdruck für so infame Insinuationen. Bei denselben steht man einfach vor der Wahl anzunehmen, der Mann glaube selbst nicht, was er sage — Lüge und Verleumdung gehörten ja stets zu den Mitteln seiner Politik —, oder Haß und Verleumdung gegen das Zentrum seien bei ihm förmlich Monomanie geworden, er sei also immermehr als Geisteskranker zu behandeln, worauf ja auch andere Züge allmälig hindeuten. Wir können beide Alternativen ruhig aussprechen, denn wer anderen solche raffinirte Niederträchtigkeiten, wie Bismarck in den Worten des Artikels dem Zentrum, unterschiebt, hat selbst jeden Anspruch auch nur auf die geringste Rücksicht und Schonung verwirkt. Und das Plädiren auf Unzurechnungsfähigkeit heißt ja auf mildernde Umstände plädiren."

Je nun, der ehemalige Kanzler kennt die schwarzen Pappenheimer! Wenn er niemals mehr verleumdet hätte, als in der „Insinuation", welche die „Germania" so in Wuth versetzt, so würde sein Karakter besser zu beurtheilen sein. Der Umstand, daß er das Zentrum nach seinen Erfahrungen richtig beurtheilt, läßt nicht auf Geisteskrankheit schließen. Raffinirte Niederträchtigkeit mag ihn geleitet haben — darin war er von jeher gegen alle seine Gegner groß —; aber daß er dabei in diesem Falle das Ziel nicht so ganz verfehlte, beweist uns der Ton, den die „Germania" anschlägt. So heult der Hund, der getroffen wird!

Freilich, die „Germania" giebt sich ja den Anschein, als sei es ihr „heiliger Ernst" mit der Zurückweisung der Vorlage. „So lange das Deutsche Reich steht," — schreibt sie — „ist eine solch furchtbare Erhöhung der dauernden persönlichen und finanziellen Militärlast nicht auf einmal gefordert worden, und in der Lage der europäischen Verhältnisse liegt doch dafür kein Grund vor." Das Blatt begründet dies des Näheren durch den Hinweis auf das volkswirthschaftliche Zurückgehen Rußlands und auf den Rekrutenmangel in Frankreich.

Und weiter:

„Erhöhte militärische Forderungen sind nach den gewaltigen Steigerungen von 1887 bis 1890 furchtbar unpopulär. Eine Auflösung des Reichstages wegen Ablehnung der Militärvorlage würde von der Sozialdemokratie mit einem Jubelrufe begrüßt werden, denn es ständen ihr einige Dutzend neue Mandate in Aussicht, und die Linksliberalen überhaupt würden gewinnen."

Wir haben schon erklärt, daß nach unserer Ueberzeugung es der ultramontanen Presse gegenwärtig nur darauf ankommt, die Regierung zu einem dem Zentrum vortheilhaften Handel zu bestimmen. Dadurch könnte ja die Auflösung des Reichstages vermieden werden. Man lasse sich ja durch das Geschreibsel der schwarzen Presse nicht täuschen.

Die Nationalliberalen bereiten allmälig ihre Wähler auf eine zustimmende Haltung zu der neuen Militärvorlage vor. Abg. Oechelhäuser sagt in einem von ihm an seine Wähler erstatteten Rechenschaftsbericht, die nationalliberale Partei könne sich der Erwägung nicht verschließen, daß noch fernere Opfer gebracht werden müssen, um im Kriegsfall nach zwei Seiten Front machen zu können. Das wird mit folgendem Satze motivirt:

„Erst wenn es unserer Diplomatie gelungen sein wird, wenigstens die von Osten drohende Kriegsgefahr zu entfernen und das frühere, bis zum Jahre 1878 bestandene gute politische Verhältniß zu Rußland wiederherzustellen, eine schwierige, aber sicherlich keine unlösbare Aufgabe, — erst dann dürfte ein Stillstand in den Rüstungen zu erwarten sein, welche gegenwärtig Europa gleichsam als ein großes Kriegslager erscheinen lassen."

Ein schlechter Trost, den der nationalliberale Abgeordnete seinen Wählern spendet für die Opfer, welche sie behufs einer weiteren Steigerung unserer Wehrkraft bringen sollen! Wenn es dem Fürsten Bismarck nicht gelungen ist, dies „gute Verhältniß" zu Rußland aufrecht zu erhalten und, als es in die Brüche gegangen war, wieder herzustellen, so dürfte es dem Grafen Caprivi, der doch nach Ansicht jedes guten Nationalliberalen dem „Altreichskanzler" das Wasser nicht reichen kann, erst recht nicht gelingen. Mit der Wiederanknüpfung des „guten Verhältnisses" zu Rußland dürfte es also nichts sein — und man darf doch wohl von Herrn Oechelhäuser nicht annehmen, daß er die „russische Freundschaft" durch Preisgebung der „Dreibundsfreunde" erkaufen will! — also muß die Wehrkraft noch immer weiter gesteigert, müssen die Opfer für dieselbe noch immer mehr vergrößert werden.

**Das sogenannte „Standesbewußtsein" der Reserveoffiziere** scheint in „maßgebenden Kreisen" nicht den da beliebten Anforderungen zu entsprechen. Zwecks seiner „Hebung" plant man, wie Berliner Blätter mittheilen, den Bau eines Kasinos, welches den Vereinigungsort für die Offiziere der Landwehrbezirke Teltow, Berlin I und Berlin II bilden soll. Dahingehende Verhandlungen und Besprechungen haben zu dem Resultat geführt, daß man baldigst die Beschaffung der auf M. 1 000 000 festgesetzten Bausumme herbeiführen will. Diese Mittel sollen durch verzinsliche Antheilscheine aufgebracht werden. Als Bauplatz für das Kasino denkt man in erster Linie an eine Stelle in nächster Nähe des Friedrichstraßen-Bahnhofes, um dadurch den außerhalb der Residenz wohnenden Offizieren die Verbindung mit Berlin durch die Stadtbahn zu erleichtern. Das neue Kasino soll Lese- und Spiel-Zimmer, Restaurationsräume und einen Festsaal enthalten. Die laufenden Ausgaben, sowie die Zins- und Amortisations-Summe, sollen durch Jahresbeiträge gedeckt werden, welche letzteren man für jeden Einzelnen „möglichst niedrig" normiren zu können hofft, da die Zahl der Landwehr-Offiziere in den drei Bezirken eine große ist. — Bisher hatte man die Reserveoffiziere noch nicht als Angehörige eines besonderen Standes angesehen. Es fehlte grade noch, daß die Offiziersmanieren sich auch im bürgerlichen Leben einnisten. Wenn man thatsächlich für Reserveoffiziere noch ein besonderes Standesbewußtsein schaffen will, so stellt man die bürgerliche Thätigkeit der Reserveoffiziere bewußt auf eine niedrigere Stufe als die militärische. Die Reserveoffiziere, welche sich auf eine solche Anschauung einlassen, sprechen damit unzweideutig aus, daß sie sich ihres bürgerlichen Berufs schämen; sie thäten besser, dann auf ihren Beruf überhaupt zu verzichten, die bürgerliche Gesellschaft wird ihnen keine Thräne nachweinen. Vielleicht nimmt man aber im Volke endlich Anlaß, nicht mehr in verfluchter erbärmlicher „Bescheidenheit" dem Offizierthum im gesellschaftlichen Leben den ihm wahrlich nicht gebührenden Vorrang zu lassen.

**Die reaktionären Gelüste des „neuen Kurses"**, die, wie die „Post" zu melden wußte, auf eine Verschärfung des Straf- und Preßgesetzes hinauslaufen sollen, erwecken unseren „Staatserhaltenden" ein gelindes Grauen. Ein Sozialistengesetz, das seine Schneide lediglich gegen die „Umstürzler" kehrte, konnte ihnen schon gefallen; aber mit der Verschärfung des gemeinen Rechts würden sie eine Waffe schmieden, die gelegentlich auch einen der Ihren treffen könnte. Bei der Unberechenbarkeit des neuen Kurses sind sie ja nicht sicher, durch unerhörte Zumuthungen selbst ihr lammfrommes Gemüth in die Opposition getrieben zu sehen. Die „N.-L. C." meint darum, nirgends seien Erscheinungen wahrgenommen, die derartige gesetzgeberische Maßnahmen im gegenwärtigen Augenblicke nöthig machten. Sollte sich die Nachricht aber doch bestätigen, so könnte man auf den Gedanken kommen, es solle eine Art von Ersatz für das Sozialistengesetz auf dem Boden des Gemeinrechts geschaffen werden, aber dazu sei gegenwärtig die Lage wahrhaftig nicht angethan und eine Nothwendigkeit hierfür vermöge man auch nicht zu erkennen. Es fehle grade noch, daß den ungeheuren Schwierigkeiten der bevorstehenden Reichstagssession ohne die zwingendste Nothwendigkeit auch noch Vorschläge zur Verschärfung des Straf- und Preßgesetzes hinzugefügt würden, Vorschläge, die erfahrungs- und naturgemäß die allerheftigsten Kämpfe im Gefolge haben würden. Hoffentlich handele es sich mehr um theoretische Studien, als um Pläne, die bereits greifbare Gestalt angenommen hätten. Was besonders das Preßgesetz betreffe, so sei dieses in ganz anderen Punkten revisionsbedürftiger als wegen einer zu geringen Dehnbarkeit der Bestimmungen über die Beschlagnahme.

Diese Bestimmungen befinden sich im § 23 des Preßgesetzes, welcher lautet:

Eine Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung findet statt:

1) wenn eine Druckschrift den §§ 6 und 7 nicht entspricht oder den Vorschriften des § 14 zuwiderläuft (d. h. wenn die Namen des Redaktörs, des Verlegers, des Druckers nicht auf der Druckschrift stehen oder die Druckschrift verboten ist. Red.),

2) wenn durch eine Druckschrift einem auf Grund des § 15 dieses Gesetzes erlassenen Verbot zuwider gehandelt wird (d. h. wenn in Zeiten der Kriegsgefahr oder des Krieges dem Verbot zuwider Nachrichten über Truppenbewegungen 2c. veröffentlicht werden. Red.),

3) wenn der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer in den §§ 85, 95, 111, 130 oder 184 des deutschen Strafgesetzbuches mit Strafe bedrohten Handlungen begründet, in den Fällen der §§ 111 und 130 jedoch nur dann, wenn dringende Gefahr besteht, daß bei Verzögerung der Beschlagnahme die Aufforderung oder Anreizung ein Verbrechen oder Vergehen unmittelbar zur Folge haben werde.

Diese Bestimmungen dehnbarer zu machen, darauf läuft offenbar die kundgegebene Absicht hinaus. Die angezogenen §§ 85, 95, 111, 130 und 184 des Strafgesetzbuches handeln: § 85 vom Hochverrath, § 95 von der Majestätsbeleidigung, § 111 von der Aufreizung zum Ungehorsam gegen das Gesetz, § 130 von der Aufreizung einer Menschenmenge zu Gewaltthätigkeiten, § 184 von der Verbreitung unzüchtiger Schriften.

Die „Volksztg." bemerkt zu der Sache: „Wir glauben aber doch, daß die ganze Geschichte darauf hinausläuft, den polizeilichen Praktiken, wie sie sich unter dem Schutze des Sozialistengesetzes entwickelt hatten, im ordentlichen Recht einen möglichst großen Umfang einzuräumen. Diensteifrige Polizeibeamte werden in Hunderten von Fällen eine „dringende Gefahr" sehen, wo ein gewöhnlicher Sterblicher nicht das Atom eines Atoms von Gefahr zu erblicken vermag. Zu glauben, daß die „Reform" ausschließlich die sozialistische Presse im Auge haben könnte, so naiv wird hoffentlich Niemand sein. Was in's gemeine Recht übergeführt ist, trifft heute dich, morgen mich. Daher hat die ganze deutsche Presse ein außerordentlich starkes Interesse daran, gegen den angedrohten Versuch, den Strick, den sie bereits um den Hals trägt, noch stärker anzuziehen, energisch Front zu machen. In dieser Frage wird, so hoffen wir, ihr der Reichstag schützend zur Seite stehen. Denn das nach Lage der Sache auch in dieser Frage ausschlaggebende Zentrum hat im Kulturkampf die Fußangeln und Selbstschüsse, die im Garten des Preßgesetzes liegen, viel zu gut kennen gelernt, als daß es sich so weit erniedrigen könnte, einer Verschärfung des Preßgesetzes zuzustimmen."

Das Hauptorgan des Zentrums, die „Germania", erklärt: „Wir meinen, die bevorstehende Reichstagstagung sei schon so wie so mit derartig schwerwiegenden, heftige Kämpfe in Aussicht stellenden Vorlagen belastet, daß die Regierung allen Anlaß hat, nicht auch noch Fragen aufzuwerfen, welche die Erregung nur noch vergrößern müßten. Im Ernste wird doch auch die „Post" wohl nicht glauben, daß ein noch dehnbareres Preßgesetz, wie wir es leider schon haben, im jetzigen Reichstag Aussicht auf Annahme habe."

Daß die reaktionären Gelüste zur weiteren Knebelung der Preß- und Redefreiheit auch unter dem „neuen Kurs" auf's Neue auftauchen, mag den Herren, die sich mit der Hoffnung auf eine liberale Aera getragen haben, nicht eben angenehm sein. Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes haben ihnen doch soviel klar gemacht, daß auch die schärfsten Gesetzesbestimmungen die Sozialdemokratie nicht hindern, ihre Ideen energisch zu vertreten. Eine Vermehrung der Konflikte mit den Gesetzen, die aus einer größeren Dehnbarkeit der letzteren sich nothwendig ergeben müßte, würde das Fortschreiten der Sozialdemokratie ebenso wenig hindern. Deshalb braucht man sich nicht in Unkosten zu stürzen; die Wirkungslosigkeit können wir vorher sagen.

**Eine interessante Statistik** über die Bewegung der Getreide- und Brotpreise in Berlin ist kürzlich veröffentlicht worden. Die bis Ende August festgestellten Durchschnittspreise für Roggen und Roggenbrot weisen folgende Ziffern auf:

| | Preise für 100 kg in Mark Roggen | Roggenbrot |
|---|---|---|
| Januar 1891 ...... | 17,52 | 28,39 |
| Februar „ ...... | 17,51 | 28,31 |
| März „ ...... | 17,89 | 28,70 |
| April „ ...... | 18,83 | 29,10 |
| Mai „ ...... | 20,37 | 30,40 |
| Juni „ ...... | 21,10 | 31,27 |
| Juli „ ...... | 21,57 | 31,54 |
| August „ ...... | 23,75 | 33,01 |
| Januar 1892 ...... | 22,45 | 33,89 |
| Februar „ ...... | 20,95 | 34,53 |
| März „ ...... | 20,59 | 33,37 |
| April „ ...... | 19,92 | 32,78 |
| Mai „ ...... | 19,78 | 31,93 |
| Juni „ ...... | 19,37 | 31,64 |
| Juli „ ...... | 18,53 | 30,28 |
| August „ ...... | 14,82 | 28,84 |

Im Monat Januar 1891 kostete bei dem Kurse für Roggen von 17,52 das Roggenbrot: 28,39; im August 1892 aber bei dem Kurse für Roggen von 14,82 steht der Preis für Roggenbrot auf 28,84, also um 45 ₰ höher als im Januar 1891, obwohl damals Roggen um 2,70 höher notirte als im August 1892. Und hier beträgt die Differenz zu Ungunsten des Brotes sogar M. 3,15 pro 100 kg.

Diese Ziffern bestätigen die alte Erfahrung, daß das Steigen der Brotfruchtpreise in der Regel eine unverhältnißmäßige und anhaltende Steigerung der Brotpreise im Gefolge hat. Die Brotfabrikanten suchen die höheren Brotpreise auch bei sinkenden Fruchtpreisen zu halten, so lange es geht.

**Die Ursachen der „Sachsengängerei"** werden vom Kreisphysikus Dr. Richter in der Zeitschrift für Medizinalbeamte auf Grund seiner mehrjährigen Erfahrungen im Kreise Groß-Wartenberg scharf beleuchtet:

„Unter den Ursachen der „Sachsengängerei" stehen obenan die traurigen, zum Theil menschenunwürdigen Wohnungsverhältnisse unserer landwirthschaftlichen Arbeiter. Es ist, und zwar leider besonders auf großen, den wohlhabendsten Besitzern gehörigen Gütern, keine Seltenheit, daß mehrere Familien zusammen einen einzigen, oft nicht mal gedielten, sondern mit rohen Ziegeln gepflasterten Raum bewohnen, in welchem sich ein gemeinsamer offener Herd befindet. Man spricht neuerdings so gern von einer „sittlichen Hebung des Volkes". Wie kann auf einer solchen Grundlage die Sittlichkeit gedeihen? ... In der That, so sagt Kreisphysikus Dr. Richter, sind denn auch die sittlichen Verhältnisse auf dem flachen Lande nach meinen Erfahrungen, der ich 6 Jahre unter den Arbeitern Berlins als Arzt gewirkt habe, um nichts besser als in den großen Städten, denen man so gern etwas anhängen möchte, — im Gegentheil, eher schlechter! ... Daß in den Wohnungen unserer ländlichen Arbeiter Regen und Schnee oft durch die Decken dringen, daß weder Thüren noch Fenster schließen und die Feuchtigkeit oft bis zur Manneshöhe in den Wänden steht, gehört noch zu den erträglichen Uebelständen. Man täuscht sich aber, wenn man glaubt, daß unsere ländliche Arbeiterschaft für bessere Wohnungsverhältnisse ganz unempfänglich sei.... Etwas, was auch dem ländlichen Arbeiter unserer Gegenden keineswegs mehr gleichgültig ist, so sehr er im Allgemeinen das Pfuscherthum begünstigt, ist eine prompte

---

## Ein Goldmensch!

**Roman in fünf Bänden**
von
**Maurus Jókai.**

(Nachdruck verboten.)

(60. Fortsetzung.)

Alle Menschen aber, mit denen er auch nur ein Wort wechselte, betrog er, damit er um sich herum ein Dunkel verbreite.

In der Nacht überführten die Fischer die Kisten mit den Brettern. Er war gegenwärtig. Als sie zur Insel gelangten, suchten sie, als verständen sie sich am besten auf die Sache, einen besonderen Uferarm aus, wo das Röhricht am dichtesten war, und dort hinein luden sie die Kisten ab. Timar wollte sie ausbezahlen; aber keinen Groschen nahmen sie von ihm. Sie drückten ihm blos die Hände und sagten „Zbogom!" auf Deutsch: „Gott vergelt's!" Er verblieb auf der Insel, die Fischer kehrten zurück.

Es war eine schöne Mondnacht und die Nachtigall sang aus ihrem Neste.

Timar drang am Ufer weiter vor, um den Pfad, der auf's Haus zu führte, zu finden. Jetzt stieß er auf jene Zimmermannswerkstätte, in der er im Herbste die Arbeit halbfertig zurückgelassen. Die gezimmerten Bäume waren sorgsam mit Rohrdecken bedeckt, damit die Winternässe sie nicht verdarb.

Von hier führte der Weg nach der Rosenau. Die Rosen waren längst schon verblüht; jene Zeit hatte Timar in seinem Gartenhause auf dem Münsterberge und später am Meere verbracht; er hatte also diesmal die Rosenlese versäumt und war doch sicherlich mit Herzklopfen erwartet worden. Aber er mußte doch erst Nebel vor sich und Nebel hinter sich verbreiten!

Auf den Fußspitzen nahte er sich dem Hause. Daß er kein Geräusch hörte, nahm er für ein gutes Zeichen. Daß Almira nicht bellte, erklärte er sich daher, daß sie in der Küche schlief, und das zeigte wieder an, daß man vorsichtigerweise den Hund verhindern wollte, das schlafende Kind des Nachts durch Gebell zu erschrecken. „Demnach lebt Alles und ist gesund im Hause."

O, wie oft träumte er von diesem Hause, wie oft stellte er sich wach dasselbe vor! Wie oft sah er sich selbst schon wieder vor der Hütte!

Bald gaukelte ihm die Phantasie vor, das Haus sei abgebrannt, die verkohlten Balken lägen auf der Schwelle und an den Wänden grünte Unkraut. Wohin seine Bewohner gekommen, wußte Niemand zu sagen.

Dann bildete er sich ein, daß, sobald er sich der Thüre nähere, diese aufspringe, bewaffnete wilde Gestalten stürzten auf ihn los, faßten ihn an der Gurgel und riefen: „Eben auf Dich warten wir! Bindet ihn, verstopft ihm den Mund und werft ihn in das Kellerloch hinab." Dann wieder hatte er die Schreckensvision, daß, als er die Hütte betrat, er seiner Geliebten blutigen Leichnam vor sich sah, Noemis langes Goldhaar ausgebreitet am Boden und an ihrem Busen das Kind mit zerschmettertem Kopfe. O, welche Qualen stürmten auf ihn ein, als diese Bilder in seinem Geiste auftauchten! Er hatte seine Lieben so lange sich allein überlassen müssen. Manchmal träumte ihm, daß er, sobald er vor Noemi treten würde, statt des sanften lächelnden Antlitzes ein kaltes Alabaster-Antlitz vor sich sah, das ihn fragte: „Wo waren Sie so lange, Herr von Levetinczy?"

Doch jetzt, als er vor der kleinen Wohnung stand, entschwanden alle Schreckbilder. Hier war auch jetzt noch Alles, wie es stets gewesen, hier wohnten auch jetzt noch, die ihn liebten; wie sollte er sie seine Ankunft wissen lassen?

Wie sollte er sie überraschen?

Er blieb vor dem kleinen, niederen Fenster stehen, das halb die Alles überziehenden Rosen verdeckten, und begann das Ammenlied zu singen:

„Mehr ist werth des Liebchens Hütte,
Als die Königsburg von Ofen . . ."

Ihm ahnte es wohl; nach einer Minute war das kleine Fenster geöffnet und es blickte daraus Noemis von Wonne und Glückseligkeit strahlendes Antlitz hervor.

„Mein Michael!" stammelte die Aermste.

„Der Deine!" flüsterte Timar, mit beiden Händen das liebe, zum Fenster herausguckende Köpfchen erfassend. „Und Dodi?" das war sein zweites Wort.

„Er schläft."

„Still! Wecken wir ihn nicht auf!"

Und dann flüsterten sie und ihre Lippen sprachen zu einander.

„Doch komm nun herein!"

„Wir könnten ihn aufwecken, und dann weint er."

„O, der ist kein weinendes Wickelkind mehr! Er ist ja doch schon über ein Jahr alt."

„Schon ein ganzes Jahr? Dann ist er ja bereits ein großer Mensch."

„Er weiß auch schon Deinen Namen auszusprechen."

„Wie? Er spricht also schon?"

„Er lernt bereits gehen."

„Also er läuft schon?"

„Er ißt schon Alles."

„Das ist unmöglich! Das ist zu früh!"

„Was verstehst Du davon? Würdest Du ihn nur sehen!"

„Zieh' den Vorhang zurück, laß das Mondlicht auf ihn glühen, damit ich ihn sehen kann."

„Nein, der Mond ist schlecht, scheint er auf ein schlafendes Kind, so wird es davon krank."

„Du bist ein Närrchen."

„An Kindern hängt viel Wunderbares. Das muß man Alles glauben. Darum sind sie den Frauen anvertraut, die ja Alles glauben. Komm herein, und sieh ihn hier an."

„Ich gehe nicht hinein, so lange er schläft. Ich würde ihn wecken. Komm lieber Du zu mir heraus."

„Das kann nicht sein. Er würde gleich erwachen, ginge ich aus der Stube, und meine Mutter schläft tief."

„Nun, so wende Dich ihm zu; ich bleib' unterdessen hier außen."

„Willst Du Dich nicht zur Ruhe legen?"

„Es wird ja bald Tag! Wende Dich nur ihm zu — aber laß das Fenster offen."

Und dann blieb er dort vor dem offenen Fenster, hineinlugend in das Stübchen, auf dessen Estrich das Mondlicht silberne Würfel malte; und er horchte auf das Geräusch, das aus der stillen Hütte drang: ein stammelnd leises Winseln hin und wieder, wie es erwachende Kinder haben; dann ein leise singender Ton, der das Lieblingsammenlied anstimmt, stille, gleich einem Traum: „Meines Püppchens kleine Küche"; und dann ein Kußschmatzen, welches das gute Kind als Belohnung bekommt, wenn es auf dies Lied wieder ruhig weiter schläft.

Auf das Brett des offenen Fensters gelehnt, wachte Timar und lauschte dem Geflüster der Herzen, bis das Morgenroth die kleine Stube erhellte.

Beim Frührothsstrahl war das Kind das Erste, das erwachte. Durch lautes Gekicher gab es seine Rückkehr in die Welt kund, worüber dann Niemand mehr weiter schlafen konnte. Das Kind lärmte, plauderte. Was? Das verstanden nur ihrer Zwei: das Kind selbst und Noemi.

Als dann Timar das Kind auf den Arm nahm, sagte er zu ihm:

„Von nun ab bleibe ich hier, bis ich Dir das Haus erbaut. Was meinst Du, Dodi?"

Das Kind antwortete hierauf etwas, was nach Noemis Verdolmetschung sagen sollte: „Nun gut!"

### 4.
### Noemi.

Timar verbrachte seine glücklichsten Tage in diesem Doppelleben.

Nichts störte die Vollkommenheit seines Glückes, blos der Gedanke, daß für ihn auch noch ein anderes Leben existirte, in das er zurückkehren mußte.

Wäre ihm nur irgend ein Mittel oder ein Weg bekannt geworden, sich von jenem zweiten Leben loszureißen, wie glücklich hätte er dann hier leben können!

Und das konnte er doch ziemlich einfach erreichen. Er brauchte blos nicht mehr zurückzukehren. Man wird ihn dann ein Jahr lang suchen, zwei Jahre lang betrauern, und nach drei Jahren hat ihn die Welt vergessen, er die Welt gleichfalls, und ihm bleibt dann Noemi.

Und Noemi ist schon an sich ein Schatz!

Vom Frauenthum findet sich Alles in ihr vereint, was lieb ist, und Alles fehlt in ihr, was verletzen könnte. Ihre Schönheit ist nicht jene flatterhafte, die durch Gefallsucht so rasch vergeht. Jeder Gemüthswechsel verleiht ihrer Schönheit neuen Zauber. In ihrem Gemüthe einen sich Zartheit, Sanftheit und Gluth. Zusammen und im Einklange leben in ihr die Jungfrau, die Fee und das Weib. Ihre Liebe hat nichts Selbstsüchtiges, ihr ganzes Wesen ist verloren, ist verschmolzen in und mit Demjenigen, den sie liebt. Sie hat keinen besonderen Kummer, keine besondere Freude, nur die des Geliebten. Daheim sorgt sie mit kleinlichster Aufmerksamkeit für jegliches Behagen; bei der Arbeit hilft sie ihm mit unermüdlicher Hand. Stets ist sie heiter und frisch, und befällt ihn irgend ein Unwohlsein, so heilt ihn ein Kuß von ihr auf die Stirne. Sie ist unterthänig dem gegenüber, von dem sie weiß, daß er sie anbetet. — Und nimmt sie jenes Kind in den Arm und spielt mit ihm, dann muß er sich freuen, der sie zur Seinen gemacht hat, wenn auch noch nicht zur Seinen erklärt hat.

Aber Timar war gänzlich aus den Fugen.

Noch unterhandelte er mit dem Schicksale.

Noch war der Preis sehr groß! Groß sogar mit Rücksicht auf diesen Schatz, welcher hieß:

„Eine junge Frau mit einem lächelnden Kinde im Arme."

Doch der Preis dafür war eine ganze Welt! Er mußte zurücklassen eine Habe von Millionen an Werthen, eine gesellschaftliche Stellung, hohen Rang, Magnatenfreunde, begonnene große Unternehmungen, welche die Welt betrafen, und von deren Erfolgen die großen Industriezweige der Heimath abhingen! Und als Draufgabe auch noch Timea! (Fortsetzung folgt.)